

Das Kreuz mit dem Koran

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird aus dem Streit um das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin ein Kulturkampf: Islamisten stellen die Grundwerte der bürgerlichen Demokratie in Frage, die Integration der drittgrößten Glaubensgemeinschaft droht zu scheitern.

Schein und Sein: „Es könnte so aussehen“, sagte am Mittwoch vergangener Woche Verfassungsrichter Winfried Hassemer, „als sei das Bundesverfassungsgericht der Meinung, dass das Tragen eines Kopftuchs für eine Lehrerin im Schuldienst der Verfassung entspricht. Das ist nicht so. Das sieht nur so aus.“

Die Rede des Karlsruher Richters klingt sibyllinisch, sie scheint mehr, als sie ist. In Wahrheit nämlich haben die obersten Verfassungshüter bloß entschieden, nicht zu entscheiden – die Bundesländer, meinen sie, sollen ihre Schulaufgaben machen und zusehen, wie sie mit einer der größten Herausforderungen der deutschen Rechtskultur fertig werden.

Nichts anderes ist die Frage, die nun schon seit fünf Jahren deut-

sche Bildungspolitiker, Richter, Behörden, Religionsgelehrte, Multikulti-Beauftragte und selbst ernannte Toleranzwächter beschäftigt: Soll eine muslimische Lehrerin im Unterricht an einer staatlichen, bekenntnisfreien Schule ihr Haupt in ein Kopftuch gehüllt lassen dürfen?

Seit 1998 versucht die aus Afghanistan stammende, als Schülerin im saudischen Riad zum Kopftuch bekehrte Lehrerin Fereshta Ludin auf dem Rechtsweg durchzusetzen, was ihr das Land Baden-Württemberg bisher verwehrt hat: Kopfhaar, Ohren und Hals mit einem Quadratmeter Stoff zu umwickeln und erst dann vor deutsche Schüler zu treten – zur Wahrung ihrer „Würde“ und als Ausdruck ihres muslimischen Glaubens.

Viel Lärm um ein Stück Tuch? Peinliche Probe auf die deutsche Fähigkeit, tolerant mit Fremden und deren kulturellen Eigenheiten umzugehen? Lächerlicher Streit um ein textiles Symbol in einer Zeit, die andere Sorgen hat?

Nichts von alledem. Es geht um die Frage, wie religiös der weltliche Staat westeuropäischer Prägung werden darf, ohne seine Identität zu verlieren. Richter Hassemer hat schon Recht, wenn er feststellt,



Demonstrantinnen in Karlsruhe*
„Degradierung der Frau“

* Juristinnen beim Protest gegen das Kopftuchurteil.



RALF MARO / VISION

Muslim-Kongress*
 „Schluss mit der Pseudotoleranz“

decke und verwirre, soll – so Schily und die Kultusminister mehrerer Bundesländer – eine möglichst einheitliche Regelung bei alldem herauskommen. Schily: „Sonst kriegen wir ein Chaos.“

Aber welche Regelung wäre denn zu wünschen? Karlsruhe könnte dies schon bald wieder gefragt werden, wenn muslimische Lehrerinnen demnächst abermals vor Gericht ziehen, weil das eine oder andere Bundesland ihnen zumutet, barhäuptig zu unterrichten. Wie die obersten Richter dann entscheiden, steht in den Sternen. Denn inhaltlich haben sie sich bisher mit der Kopftuch-Symbolik nicht befasst, was vergangenen Freitag auch der Präsident des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs, Michael Bertrams, heftig kritisierte. Er meinte, das Karlsruher Urteil verdiene Respekt, aber keine Zustimmung, weil es kein Wort zur religiös begründeten „Degradierung der Frau“ wage.

Deutschland ist praktisch ein Einwanderungsland, bereits heute leben hier 3,2 Millionen Muslime, von denen keineswegs alle regelmäßig eine der rund 2500 existierenden Moscheen und Gebetshäuser aufsuchen. Sie verdienen es wahrlich nicht, rechtlich schlechter behandelt zu werden als die übrigen Deutschen und deren Kirchen. Das Problem der Lehrerin Ludin ist nun aber gerade: Sie wollte und will besser behandelt werden als ihre Mitbürger.

Das Grundgesetz garantiert, in Artikel 4, „die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ sowie die „ungestörte Religionsausübung“. Zur Freiheit jeder Religion gehört der Respekt vor anderen Religionen. Vor allem findet diese Freiheit eine Grenze da, wo sie – in ihrem Namen – unterhöhlt oder gar abgeschafft werden soll. Ebendarauf zielen letzten Endes jene islamischen Fundamentalisten, deren Flagge unter anderem das Kopftuch ist. Immerhin leben Millionen gläubiger Musliminnen ohne Kopftuch auf der Welt. Die Kopftuch-Bekennern bedrängen vor allem sie mit dem Verdacht, sie nähmen den eigenen Glauben nicht ernst genug.

Alice Schwarzer hat überzeugend dargelegt (SPIEGEL 26/2003), wie wenig tolerant Frau Ludin, die zurzeit an dem tendenziell fundamentalistischen „Islam Kolleg“ in Berlin unterrichtet, sich bisher geäußert hat. Als Pädagogikstudentin gab sie eines Tages Männern nicht mehr die Hand, mehrfach verkündete sie, deutsche Frauen seien „unrein“, nur muslimische seien „rein“. Dies sind keine harmlosen Prädikate. Schwarzer: „Seit einem Vierteljahrhundert ist der Schleier der Frauen die Flagge der islamistischen Kreuzzügler. Er ist das Symbol für Separierung. Zeit also, endlich Schluss zu machen mit der gönnerhaften Pseudotoleranz – und anzufangen mit ernsthaftem Respekt. Respekt vor allem für die Millionen Musliminnen und Muslime, die von dem Terror aus dem eigenen Lager noch bedrohter sind als wir.“

„dass diese Frage Staat und Gesellschaft von Grund auf beschäftigt und auch weiter beschäftigen wird und dass darüber der Gesetzgeber zu entscheiden hat“ – also die Parlamente der für die Schulen zuständigen 16 Bundesländer. Die Hälfte hat auch schon reagiert und will entsprechende Gesetze vorbereiten (siehe Grafik).

Bundesinnenminister Otto Schily hat unmittelbar nach der Karlsruher „Entscheidungs-Verweigerung“ („Münchener Merkur“) die Länderparlamente aufgefordert, bei den neuen Gesetzen „die Gleichbehandlung der Religionen“ besonders zu beachten. Und auf dass fortan kein multikultureller Kopftuch-Flickenteppich die deutschen Lande be-



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Klägerin Ludin
 Wahrung ihrer „Würde“

Kopftuch im Staatsdienst?

Wie sich die Länder voraussichtlich entscheiden



* Berliner Islamwoche Mitte Oktober 2002.

Islamisten-Führer Kaplan (M., 2001)
 „Parlament zerstören und niederbrennen“

Frau Ludin fordert Toleranz für die Intoleranz. Die gestrengen Kopftuch-Fetischisten vom „Islamrat“ und dem „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD), mit deren Unterstützung sie ihr Recht einfordert, unterscheiden sich von den meisten in Deutschland aktiven islamischen Verbänden durch ihr merkwürdiges Verständnis vom demokratischen Rechtsstaat.

Er wird so lange respektiert, bis man mächtig genug ist, um ihn abzuschaffen, wo immer es geht, und einen so genannten Gottesstaat ohne Trennung von staatlicher und kirchlicher Gewalt aufzubauen. Der selbst ernannte muslimische „Kalif“ Metin Kaplan, dessen Abschiebung in die Türkei durch die Gerichte gestoppt wurde, bekannte einmal: „Islam und Demokratie werden niemals miteinander vereinbar sein. Wenn wir an die Macht kommen, werden wir das Parlament zerstören und niederbrennen und die Asche im Meer verstreuen.“

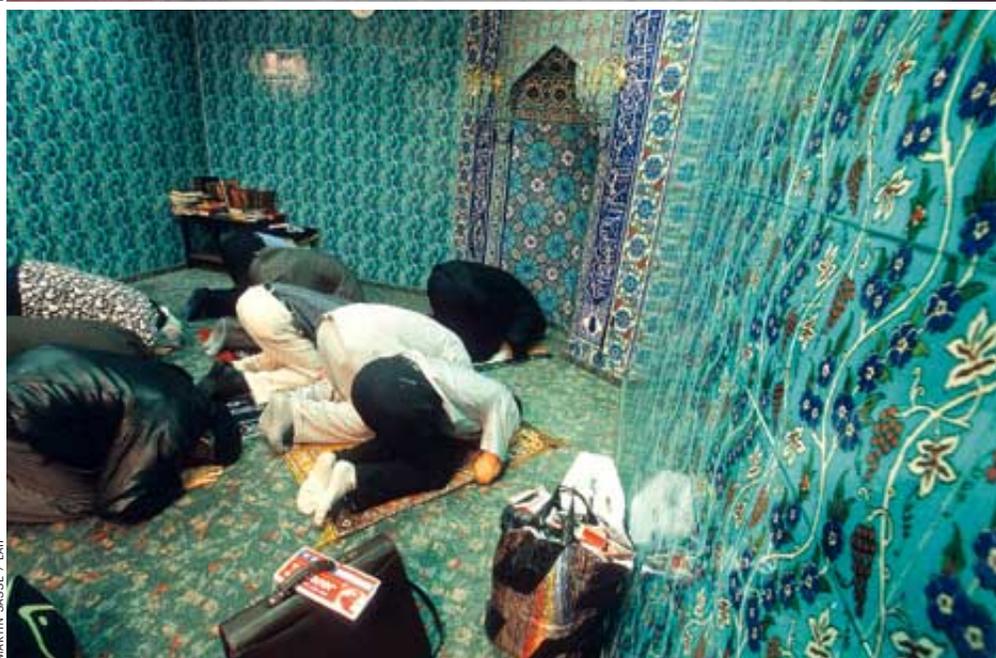
Der iranische Oberschiit Ajatollah Chomeini hat die Menschenrechte eine „von Zionisten ausgedachte Regelsammlung“ genannt, die „alle wahren Religionen“ zerstören wolle.

Gewiss dürfen Frau Ludin nicht Äußerungen von Kaplan oder Chomeini untergeschoben werden. Es gibt immerhin genug Muslime, die eine Modernisierung ihrer Religion fordern und betreiben. Der ägyptische Schriftsteller Farag Ali Foda trat für eine radikale Modernisierung des Islam ein mit dem Satz: „Uns Muslimen fehlt ein Martin Luther.“ Und der iranische Geschichtswissenschaftler Haschem Aghadschari kritisierte den Mullah-Staat mit den Worten: „Die Menschen sind keine Affen, die einen Geistlichen nachahmen müssen ... Was ist das für eine Religion, die Folter rechtfertigt?“ Allerdings wurde Foda 1992 wegen seiner Ketzereien ermordet, und der iranische Historiker wurde verhaftet und verurteilt – 74 Peitschenhiebe, 10 Jahre Berufsverbot, 8 Jahre Gefängnis und am Ende, sollte er nicht begnadigt werden, Tod durch den Strang.

Hat sich Lehrerin Ludin von dieser Variante islamischer „Reinheit“ irgendwann hörbar distanziert? Es wurde bisher nicht bekannt.

Wer das Tolerieren des Tuchs auf dem Haupt der staatlich bezahlten und verbeamteten Lehrerin zum Maßstab multikultureller Offenheit, religionspolitischer Gleichbehandlung der Glaubensgemeinschaften oder gar der Fähigkeit dieser Gesellschaft erhebt, Fremde zu integrieren, der unterschätzt den aggressiven Geltungsanspruch islamischer Fundamentalisten. Die-

Eine Frau darf allein nur so weit reisen, wie eine Karawane in 24 Stunden kommt.



Moschee (im Frankfurter Flughafen): Aggressiver Geltungsanspruch

ser muss nicht erst dann in die Schranken gewiesen werden, wenn er terroristisch wird.

Das war er ja auch nicht zur Zeit des türkischen Reformpolitikers Kemal Atatürk (1881 bis 1938). Als 1923 unter ihm die Türkei zur Republik erklärt wurde, verfügte er die Abschaffung der archaisch grausamen

Scharia-Gerichte, erklärte die Religion zur Privatsache und befreite die Beamten von der Pflicht, einen Fes zu tragen – jene rotwollene, kegelförmige Mütze mit flachem Deckel und Quastenbehang, die zum Bild des rückständigen Orients gehörte wie der Eselskarren und die Wasserpfeifenraucher.

Für Kemal Atatürk war der Verzicht auf den Fes ein Signal,

ein Bekenntnis zum säkularen Staat. Die Islamisten, vor allem die Sufi-Kreise, liefen dagegen Sturm. Inzwischen hat das Kopftuch der Frauen den Fes als Symbolkleidungsstück abgelöst, und der alte Streit zwischen Laizisten und Gottesstaat-Verfechtern wird auch in der heutigen Türkei mit Vorliebe am Beispiel des Kopftuchs ausgetragen. Bisher ist das türkische Verfassungsgericht dabei geblieben, das Tragen des Kopftuchs bei offiziellen Anlässen, also etwa in Schulen und anderen staatlichen Institutionen, zu untersagen. Die Ehefrauen fast aller führenden Regierungsmitglieder tragen auf der Straße Kopftücher. Darum lassen ihre Männer sie bei Staatsempfangen lieber zu Hause.

Islamische Fundamentalisten sehen das gern. Die Frau gehört ins Haus und an den

Muslimisches Schächten (in Lüdenscheid)
Teilsieg vor dem Verfassungsgericht

Verteilung der Weltressourcen, Kino, Musik, Gedankenfreiheit, Schönheit, Liebe.“

Immer wieder wird der westlichen Kultur unterstellt, sie überspiele mit Konsumglanz eine fundamentale innere Leere. Seit Friedrich Nietzsches Diktum „Gott ist tot“ geistert diese Unterstellung auch durch etliche kulturkritische Anklagen und Romane des Westens selbst. Aber gerade da zeigt sich ein ideeller Vorsprung gegenüber der meist „autoritär und despotisch“ (Bassam Tibi) organisierten Welt des rigorosen Islam: die Tradition der Selbstkritik, der Freiheit, Kritik ebenso offen zu äußern wie ihr zu widersprechen.

Kritik und Selbstkritik sind nur glaubwürdig ohne die Berufung auf irgendwelche mächtigen Autoritäten. Jeder kritisiert auf eigene Rechnung. Das setzt voraus: Er versteht sich als mündiges Individuum, das, wie der Aufklärer Immanuel Kant gegen Ende des 18. Jahrhunderts formulierte, gelernt hat, „sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen“.

Die Autonomie dieses selbstbewussten Individuums ist nicht mit Willkür zu verwechseln. Beim Erz-Kritiker Kant bindet sie sich an den „Kategorischen Imperativ“, der den Einzelnen nötigt, jede seiner Handlungen an dem Kriterium zu messen, was geschähe, wenn alle anderen ebenso handeln würden. Diese Art moralischer Verbindlichkeit wirkt noch in dem Grundgesetz-Gebot nach, Privateigentum solle „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Die hohe Wertschätzung des selbst verantwortlichen Individuums, eine Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft, kann der islamische Fundamentalist schon deshalb nicht teilen, weil er am liebsten in Kollektiven und Gruppen denkt. Sippenhaft ist das strukturell antipersonale Prinzip islamistischer Selbstmordattentäter – beim Lohn wie bei der Strafe. Ein eindeutig vormodernes Prinzip, das den Tod unschuldiger Frauen und Kinder kalt in Kauf nimmt – ihm wäre ein Stück europäischer Aufklärung dringend zu wünschen.

Der Begriff des skeptischen, selbstkritischen Individuums, das niemals Mittel zu irgendeinem sachlichen Zweck werden darf und das soziale Reflexion, Ironie, Kunstsinne und historisches Bewusstsein vereinigt, ist der Kerngedanke des europäischen Humanismus. Er schließt ruchlose

Gewaltanwendung gegen Andersgläubige, vor allem gegen anders denkende Kollektive („die Juden“, „die Kapitalisten“, „die Armenier“) prinzipiell aus – mögen auch die Menschen gegen dieses Ideal, zumal im 20. Jahrhundert, immer wieder entsetzlich gesündigt haben.



HENNING CHRISTOPH / DAS FOTOGARCHIV



RALF BRAUIN

Koranschule (in Frankfurt am Main): „Wahre Kämpfer für den Islam“

Herd. Wie wenig harmlos die Kopftuch-Eiferer in Wahrheit sind, hat auch der britisch-indische Schriftsteller und Muslim Salman Rushdie („Die satanischen Verse“) erfahren dürfen, den die islamische Fatwa jahrelang mit dem Tod bedrohte. Er sagte, kurz nach den Anschlägen islamischer Terroristen vom 11. September 2001: „Der Fundamentalist glaubt, dass wir an nichts

glauben.“ Um ihn zu „widerlegen, müssen wir wissen, dass er irrt. Also kommt es darauf an, was für uns zählt“.

Im britischen „Guardian“ präsentierte Provokateur Rushdie seine provisorische Liste der westlichen Werte: „Küssen in der Öffentlichkeit, Schinken-Sandwiches, öffentlicher Streit, scharfe Klamotten, Literatur, Großzügigkeit, Wasser, eine gerechtere

Kopftuch unerwünscht

„Sollten Musliminnen im Staatsdienst, beispielsweise Lehrerinnen, während der Arbeit ein Kopftuch tragen dürfen?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 23. bis 25. September; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, „ist mir egal“

Gottlos, wie der Islamist meint, ist dieses Ideal keineswegs. Es überlässt freilich die Suche nach Gott dem Individuum, das über seine Grenzen und über das Mysterium der Existenz nachdenkt. Ist solch ein Gott-Sucher kulturell weniger wert als ein kollektiv schein gesicherter Gott-Besitzer?

Wer also, wie Atatürk, Religion zur Privatsache erklärt, handelt nicht gottlos. Im Gegenteil: Er löst die religiöse Selbstvergewisserung des Menschen, die auch in den Zweifel an der Existenz Gottes münden kann, aus der Umklammerung entmündigender Dogmen und Kirchenfürsten.

Obwohl sie den säkularen Staat respektieren und das Grundgesetz achten, sind von dieser Überlegung auch die christlichen Kirchen betroffen. Die konsequente Trennung von Kirche und Staat, in Frankreich, dem Mutterland der Aufklärung, ebenso verwirklicht wie etwa in der Türkei, ist eigentlich ein Gebot der Vernunft – irgendwann werden ihm auch die Deutschen folgen müssen.

In Deutschland wurde diese Trennung, weil man von den Kirchen nach der Nazi-Katastrophe einen Beitrag zur Remoralisierung des Volkes erwartete, nur halbherzig realisiert. Die katholischen Nonnen dürfen an einzelnen staatlichen Schulen im Habit unterrichten, Kreuzfixe werden nur dann aus Klassenräumen entfernt, wenn Eltern daran ausdrücklich Anstoß nehmen, der Staat treibt die Kirchensteuer ein, und Politiker schwören beim Amtseid häufig genug: „So wahr mir Gott helfe!“

Der Konstanzer Juraprofessor Heinrich Wilms zeigt den Widerspruch zwischen Staat und christlicher Kirche am Beispiel der Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts: Religionsgemeinschaften müssten sich zwar, um anerkannt zu werden, ans Grundgesetz halten. Aber: „Nimmt man diese Anforderung ernst, müsste einer Glaubensgemeinschaft, die grundrechtliche Rechtspositionen negiert, wie zum Beispiel die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, der Körperschaftsstatus versagt werden.“

Das träfe nicht nur die frauenfeindlichen Islamisten, sondern auch die katholische Kirche, die den Frauen das Priesteramt versagt. Genau darauf können sich muslimische Interessenverbände berufen, wenn sie die Gleichbehandlung ihrer Glaubensgemeinschaften einklagen.

Im Streit um die Religionsfreiheit müssen deutsche Richter so zuweilen bizarre Zugeständnisse machen. Etwa wenn es um die „Kamel-Fatwa“ geht.

Der Islamgelehrte Amir Zaidan, ehemals Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, erstellte ein Rechtsgutachten mit der These, dass muslimischen Frauen „eine mehrtägige Reise mit Übernachtung außerhalb der elterli-



Türkische Discothek (in Bochum): Verständnis für die Kamel-Fatwa

chen/ehelichen Wohnung ohne Begleitung eines Mahram (Blutsverwandten) nicht erlaubt ist und gegen islamische Regeln verstößt“.

Ohne den Anstandswächter dürfe selbst eine erwachsene Muslimin sich höchstens 81 Kilometer von der ehelichen oder elterlichen Wohnung entfernen – denn das sei genau jene Strecke, die eine Kamelkarawane in 24 Stunden zurücklegen kann.

Im Januar vergangenen Jahres zeigten sogar die Richter des Oberverwaltungsgerichts Münster Verständnis für das

Prinzip der „Kamel-Fatwa“ – und befreiten eine muslimische Schülerin der 10. Klasse von der Teilnahmepflicht an einer Klassenfahrt. Deren Eltern hatten argumentiert, der Glaube verbiete ihrer Tochter, ohne Begleitung eines männlichen Verwandten außer Haus zu übernachten.

„Die Reinheit der Frau ist die Ehre des Mannes“, heißt es in einem türkischen Sprichwort. Um diese Reinheit zu erhalten, war auch der Familie der 18-jährigen Türkin Aylin* jedes Mittel recht, obwohl sie schon in der dritten Generation in Deutschland lebt: Bis zu ihrem 14. Lebensjahr durfte sie außer zur Schule nur in Begleitung eines Bruders oder der Mutter aus dem Haus.

Dann wurde sie von ihrem Onkel vergewaltigt. Aus Scham schwieg das Mädchen, doch ihr Peiniger machte ihr das Leben weiter zur

Hölle: Immer wieder erzählte er ihrer Mutter, er habe sie mit Jungs herumstehen sehen. Die Mutter glaubte es und drohte, wenn ihre Tochter nicht aufhöre, ihr Schande zu machen, hole sie „fünf Männer, die vergewaltigen dich dann, und ich selbst werde dabei deine Hände festhalten“.

Als das Mädchen eine Lehre begann, wurde das Netz der familiären Kontrolle noch dichter. Der Lohn floss auf ein Konto, das die Mutter verwaltete. Die junge Frau selbst besaß weder eine EC-Karte, noch bekam sie ihren Pass, als sie 16 wurde. „Das ist normal – viele türkische Mädchen bekommen ihren Pass nicht, damit sie nicht weglaufen können“, sagt sie.

Eines Morgens, im März dieses Jahres, stellte ihre Mutter sie zur Rede. Sie dürfe nicht mehr arbeiten gehen, habe der Onkel gesagt. Das Mädchen rief: „Ich verfluche, dass du meine Mutter bist“ – und floh zur

„Irgendwann denken die, wer mich nicht will, den will ich auch nicht.“

Organisierte Muslime

Islamische Verbände in Deutschland

ISLAMRAT für die Bundesrepublik Deutschland
600 Moscheegemeinden,
rund 185 000 Mitglieder

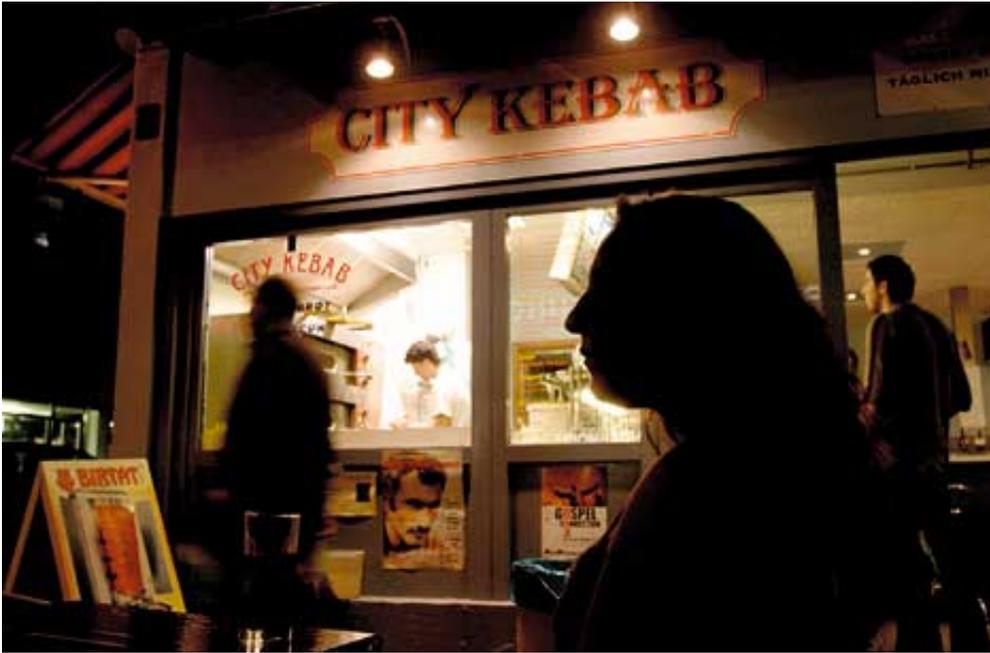


DITIB
rund 800 Vereine

Der Islamrat wird von Organisationen und Tamorganisationen der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“ (26 500 Mitglieder) dominiert. Milli Görüş wird von Verfassungsschützern als islamistisch eingestuft, setzt sich für die Errichtung eines islamischen Staats in der Türkei ein und steht für einen politisch geprägten Islam.

Die 1984 gegründete Ditib („Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion“) ist der größte türkisch-islamische Verband in der Bundesrepublik. Er hat eine enge Bindung an die Behörde für religiöse Angelegenheiten der Türkei, welche auch die Imame nach Deutschland entsendet. Ditib vertritt einen gemäßigten und staatlich kontrollierten Islam.

* Name geändert.



JOACHIM E. ROETTERS / GRAFFITI

Flüchtige Muslimin: Aus Scham geschwiegen

Polizei. Seit einigen Monaten lebt sie, vor ihnen versteckt, irgendwo in Deutschland.

Wie leichtfertig deutsche Gerichte die Unterdrückung der Mädchen zu Gunsten der Religionsfreiheit ihrer Eltern ignorieren, zeigt eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 1993: Ein muslimisches Mädchen kann vom Sport- und Schwimmunterricht befreit werden, wenn der nicht streng nach Geschlechtern getrennt angeboten wird.

In der Urteilsbegründung heißt es, man müsse außer Acht lassen, dass diese Einstellung „nach westlichen Beurteilungsmaßstäben eindeutig zu Lasten der heranwachsenden Frauen“ gehe. Im Namen der Religionsfreiheit dürfen strenggläubige Eltern also die Lebenschancen muslimischer Mädchen mit dem Segen deutscher Gerichte einschränken – auch dafür ist das Kopftuch ein Symbol.

„Für mich ist das Kopftuch ein rotes Tuch“, sagt Lale Akgün, türkischstämmige Bundestagsabgeordnete der SPD: „Erstens, weil es den Islam auf ein Stück Stoff reduziert. Und zweitens, weil es ein Zeichen der Ungleichheit von Mann und Frau ist.“

Und es ist für viele Muslime auch ein Zeichen der freiwilligen Abgrenzung, ein Zeichen des Ghettos: Erfolgreich sorgen vielerorts vor allem religiöse Führer dafür, dass ihre Gläubigen sich abschotten. So fordert der Berliner Imam Abu Saif die kleine Schar seiner Glaubensbrüder auf, sie solle sich „außerhalb der Stadt ein Gelände suchen“ und dort „Moschee, Markt, Medrese (Koranschule), Werkstätten, Küchen, Bäckerei, Schlachtereie und Hospital“ errichten.

Dabei gibt es solche muslimischen Viertel schon längst – vor allem in den Ballungszentren. In einigen Straßen der Ber-

liner Bezirke Kreuzberg, Wedding und Neukölln etwa liegt der Anteil der Muslime teilweise bei 80 bis 90 Prozent. Manche Straßenzüge muten an, als wäre die Bevölkerung kompletter türkischer Dörfer nach Deutschland verpflanzt worden. Fast alle Bewohner der so genannten Samsun-Ecke etwa stammen aus Samsun in Nordanatolien; und wann immer eine Wohnung oder ein Haus frei wird, sorgt die Gemeinschaft für Nachzügler – aus Samsun.

In solchen Ghettos müssen sich die Zuwanderer noch nicht einmal darum bemühen, die deutsche Sprache zu lernen. Sämtliche Alltagsangelegenheiten – vom Einkauf über den Arztbesuch bis hin zum Sport – können auf Türkisch erledigt werden.

Die Ursache für den freiwilligen Rückzug aus der Gesellschaft beschreibt Turgut Hüner, Sozialberater beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg: „Es war eine bewusste Entscheidung Deutschlands, Gastarbeiter herzuholen. Ein vernünftiges Integrationskonzept wurde jahrzehntelang versäumt, weil man annahm, die Gastarbeiter würden wieder in ihre Heimat zurückgehen. Das ist nicht passiert. Dann hat man gedacht, na ja, die Kinder oder Enkel dieser Gastarbeiter sind in Deutschland geboren und damit schon integriert. Jetzt dämmert es der Politik, dass es so nicht funktioniert.“

Niyazi Turgay, als stellvertretender Leiter der Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg Beamter, nennt einen weiteren Grund für die gescheiterte Integration: mangelnde Anerkennung und Respekt. „Obwohl ich gut Deutsch spreche und Arbeit habe, werde ich von den Deutschen noch immer als Ausländer behandelt. Als ich vor fünf Jahren eine Amtsstube im Rathaus betrat, guckte mich der Beamte nur an und sagte: ‚Nix Sprechstunde‘. So geht es vielen Türken. Und irgendwann denken die, wer mich nicht haben will, den will ich auch nicht.“

Selbst im virtuellen Raum haben sich die deutschen Muslime inzwischen ihre eigene Welt eingerichtet. „Muslim-Markt.de“ heißt die Website, die zwei Delmenhorster Brüder namens Yavuz und Gürhan Özoguz „mit Gottes Erlaubnis“ betreiben. Die beiden bieten Muslimen in ganz Deutschland die Möglichkeit, ihre Kontakte zum westlichen Umfeld auf ein Minimum zu beschränken.

Die Özoguz-Brüder weisen im Netz den Weg zu Muslim-Ärzten, Muslim-Diensten, Muslim-Firmen, Muslim-Kindergärten und Muslim-Friseuren. Dort können sich voll verschleierte Damen „nicht einsehbar für Männer und Friseurin“ die Haare richten lassen.

Wie Besucher der Web-Seite denken, zeigen Äußerungen, die kurz nach Beginn des Irak-Krieges im Chat-Forum von Muslim-Markt zu lesen waren: „Ich bete schon jeden Tag zu Allah und bitte ihn, diese



VIKZ

Dachverband von über 300 Gemeinden

Die überwiegend türkischstämmigen Mitglieder des hierarchisch organisierten „Verbands der islamischen Kulturzentren“ gehören der sunnitischen Glaubensrichtung an. Angestrebt werden die Rückkehr des Islam in das öffentliche Leben und die religiöse Unterweisung von Kindern und Erwachsenen.



AABF

86 Mitgliedsvereine in Deutschland

Die „Föderation der Aliviten-Gemeinden in Europa“ betreibt keine Moscheen oder Korankurse. Die Aliviten befürworten den demokratischen, laizistischen Staat und gelten als Vorreiter eines aufgeklärten Islam.



ZENTRALRAT der Muslime in Deutschland

19 Verbände mit etwa 200 Gemeinden

Der Vorsitzende Nadeem Elyas galt lange als geschätzter Dialogpartner christlicher Kirchenoberer. Doch der Verband mit dem repräsentativ anmutenden Namen vertritt nach Ansicht von Experten allenfalls 10 Prozent der organisierten Muslime. Im Zentralrat sind Organisationen unterschiedlicher Nationalitäten und konfessioneller Ausprägungen vertreten. Neun der Mitgliedverbände gehören laut Verfassungsschützern der radikalen Muslimbruderschaft an.

DER SPIEGEL

„Die einzig wahrhaftige Religion“

Warum viele deutsche Konvertiten den Islam besonders streng auslegen

Die spirituelle Reise des Leopold Weiss begann mit einem Stau. Der Sonderkorrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hatte in den zwanziger Jahren zunächst problemlos aus dem Nahen und Mittleren Osten berichtet. Erst eine geplante Fahrt nach Mekka geriet dann zur Geduldsprobe.

Der Journalist war zuvor eigens zum Islam übergetreten – und musste dennoch in Dschidda, der Hafenstadt bei Mekka, zwei Jahre warten, bis er einreisen durfte. Trotzdem wurde der jüdisch

Das bekundeten bis dato neben Box-Legende Muhammad Ali oder Hippie-Schnulzier Cat Stevens alias Yusuf Islam („Moonshadow“) auch mehr als 12 000 deutsche Konvertiten, schätzt das Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest.

Die Konvertiten bilden unter den Muslimen hier zu Lande die gesellschaftliche Avantgarde. Vertraut mit Sprache und Gepflogenheiten der Deutschen, machen sie in den islamischen Organisationen häufig schneller Karriere und „können deren Positionen besser verkaufen“, hat

- ▶ „Erfahrungen persönlicher Entwertung“ in Beziehungen und in der Sexualität hinter sich lassen;
- ▶ aus der eigenen Gesellschaft in eine andere Welt flüchten.

Eine solche Emigration im eigenen Land hat Ayyub Köhler, heute Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, hinter sich. Als Flüchtling aus Halle fühlte er sich Mitte der fünfziger Jahre in Baden-Württemberg seltsam fremd und freundete sich lieber mit Persern als mit Westdeutschen an. „Ich gehörte da zu den Ausländern.“

Der Hamburger Rechtsanwalt Norbert Müller, 41, schätzte schon als Jugendlicher „diese Wärme“ in den Familien türkischer und arabischer Freunde: „Die waren nicht alle so individualistisch.“ Später bereiste er deren Heimatländer und heiratete eine Iranerin. „Meine Frau musste mich nur noch ein bisschen zum Islam schubsen, aber ich war ohnehin fast so weit.“

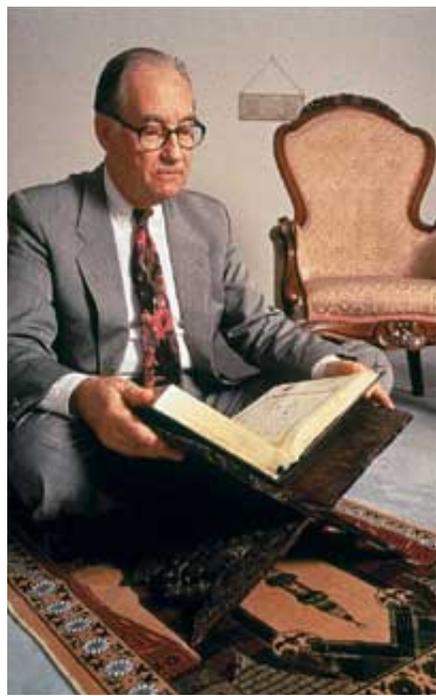
Schätzungsweise zwei Drittel der Konvertiten sind allerdings Frauen; die meisten von ihnen konvertieren aus demselben Grund wie die 34-jährige Hamburgerin Susanne B.: weil sie einen muslimischen Mann heiraten wollen. B. unterrichtet seit vier Jahren an einer Hamburger Grundschule und trägt dabei ihr Kopftuch.

Wer hingegen anders als B. ohne konkreten Anlass konvertiert, gehört manchmal zu jener Sorte verkrafter Existenzen, von denen sich einige im radikalen Milieu tummeln.

Der zum Islam übergetretene Bin-Laden-Fan Christian G. aus Duisburg zum Beispiel geriet ins Visier von Terrorfahndern: Er hatte mit dem Attentäter telefoniert, der unmittelbar danach auf der tunesischen Insel Djerba 20 Menschen und sich selbst tötete. Womöglich wollte G., der sich zeitweilig in einem afghanischen Terrorcamp aufhielt, seinen Segen für den Anschlag erteilen.

Von einem münsterschen Konvertiten führen sogar Spuren zu einem späteren Todespiloten des 11. September.

Mitglieder der Terrortruppe um Mohammed Atta lernte auch der deutsche Muslim Michael K. kennen – deshalb musste er bereits im derzeit laufenden Hamburger Qaida-Prozess aussagen. K. ist ein wuchtiger Kerl, der freilich über-



Konvertiten Hofmann, Müller: „Mit dem kann man nicht mal mehr ein Bier trinken“

erzogene Weiss später als „Muhammad Asad“ überzeugter Anhänger des Islam und sogar Berater der saudischen Herrscherfamilie.

Mit den Widrigkeiten, die Weiss' Weg zum Glauben vor Jahrzehnten säumten, muss sich heute kein Konvertit mehr herumschlagen: Die Fahrt nach Mekka können Muslime inzwischen bei Reiseagenturen buchen; und der Übertritt zum Islam erfordert nur ein simples Procédere. Ein Arabisch gesprochenes Glaubensbekenntnis vor zwei muslimischen Zeugen reicht, der Text: „Es gibt keinen Gott außer Gott, und Mohammed ist sein Gesandter.“

die muslimische SPD-Politikerin Lale Akgün beobachtet. Dabei müsse, wer konvertiert, oft „eigentlich radikal sein“, so Akgün.

Denn während es nichtdeutsche Muslime häufig wie die Rheinländer mit dem Katholizismus halten und jeder Regel eine Ausnahme folgen lassen, „gelingt Konvertiten nur durch dieses 120-Prozentige der Umbau der eigenen Person“, so die Soziologin Monika Wohlrab-Sahr. Wer konvertiert, will einer Studie der Leipziger Professorin zufolge oft

- ▶ ein ungeordnetes, bisweilen gescheitertes Leben mit Hilfe strenger Regeln neu ordnen;

raschend gedämpft spricht. Vor einem Jahrzehnt marschierte er als Neonazi in Springerstiefeln durch den Stadtteil Steilshoop und prügelte sich mit Türken aus der Hochhaus-Enklave. Heute sitzt der 32-Jährige Tee trinkend in einem Café und erzählt von dem „Vorher“ und dem „Nachher“, als wäre er mit der Konversion ein ganz anderer Mensch geworden.

Als Koch in einem Hamburger Hotel hatte er sich in den neunziger Jahren mit zwei ägyptischen Tellerwäschern angefreundet. Fünfmal am Tag beteten die beiden, und in der Zeit dazwischen achteten sie nicht nur akribisch auf die Reinheit des Geschirrs, sondern auch auf die der Speisen: Kein Cognac in die Soße bitte, und das Schweinefleisch gehöre in eine Extra-Pfanne, mahnten sie.

So viel Beherrschung weckte seine Neugier. Mehr „probehälter“ habe er dann die Regeln des Islam befolgt, aber bald wusste er, dass er dabei bleiben wollte. Schließlich habe er vorher als Katholik keine guten Erfahrungen gemacht. So sei er aus dem Kommuniionsunterricht geflogen, klagt K., weil er einen, der ihn hänselte, vermöbelt hatte. Die Muslime hingegen hießen ihn willkommen. In der Moschee übernahm er gleich die Öffentlichkeitsarbeit – und bekam sogar ein eigenes Büro.

Damals fragte ihn eine Freundin, warum es keine Küsschen zur Begrüßung mehr gebe. Und K. erklärte: Er sei nun Muslim, und Bussis seien für ihn deshalb unrein.

Viele Konvertiten kehren der nicht-muslimischen Gesellschaft den Rücken zu. Mit der Zeit, berichtet Anwalt Müller, habe sich sein Freundeskreis nahezu komplett geändert; zu unterschiedlich seien Interessen und Lebensweisen geworden. Als Student zog er noch durch Kneipen, später hätte sich ein Bekannter beklagt, dass man „mit dem nicht mal mehr ein Bier trinken“ könne.

Die meisten männlichen Konvertiten lassen sich wie als Signal für eine „Neugeburt“, so Wohlrab-Sahr, noch beschneiden. Viele wollen ihre Namen ändern – was nicht immer einfach ist, untersagte doch etwa das Verwaltungsgericht Koblenz 1992 einem „Dirk Olaf“, sich künftig „Abdul Faruk Cetin“ zu nennen. Wer hingegen nur einen Namenszusatz beantragt, hat es leichter.

Murad Wilfried Hofmann zum Beispiel trug früher auch einen kürzeren Namen. Der wohl bekannteste Konvertit der Republik war Diplomat der Bundesregierung in Algerien und Marokko. Dann trat er 1980 zum Islam über. Seitdem hat er ein Buch nach dem anderen geschrie-

ben, etwa das „Tagebuch eines deutschen Muslims“ oder „Der Islam als Alternative“.

Dem redegewandten Ruheständler ein „Nein“ zu den mittelalterlichen Strafen der Scharia abzurufen ist unmöglich: Die islamische Rechtsform, betont er dann, solle doch nicht in Deutschland gelten. Sondern in einem ideal-islamischen Staat, in dem niemand Not leide und folglich niemand klauen würde.

Und wenn doch, droht dann der Verlust der Hand? Hält der frühere deutsche Staatsdiener Hofmann drakonische Strafen für vertretbar? „Kein Muslim“, sagt er darauf nur, „kann sich von göttlichem Recht distanzieren.“

Auch die Konvertitin Gaironisa Jacobs aus Soltau, gern Umm Muhammad-Kassiem genannt, geboren im Zweiten Weltkrieg, hat über ihren Weg in den Islam ein schmales Buch geschrieben.

„Islam, mein Geburtsrecht“ heißt es. Darin beschreibt sie ihre Schritte hin zu der „einzig wahrhaftigen Religion“. Dank tieferer Einsichten und der „behutsamen Führung“ durch ihren Mann verzichtet sie nun strikt auf alkoholische Getränke, trägt ihr Kopftuch und betet regelmäßig. Jacobs ließ sogar die Fotos in Ausweis, Pass und Führerschein ändern, um nicht mehr mit Haaren abgebildet zu sein.

Und die Überzeugung der alten Dame scheint auch andere zu beeinflussen. Eine jüngere deutsche Konvertitin, die sich lange in Gaironisa Jacobs' Umfeld bewegte, spürte „einen unbeschreiblichen Druck, ihr zu folgen“. Heute ist die Jüngere keine Muslimin mehr und fühlt sich „endlich befreit“ – ihr Glück, dass sie in Deutschland lebt.

Denn so leicht der Beitritt zum Islam ist, so schwer fällt die Abkehr: Wer seinen Abfall vom Glauben, zumindest in islamistischen Staaten, öffentlich macht, muss noch immer um seinen Kopf fürchten.

DOMINIK CZIESCHE

wahnsinnigen Amerikaner zu beseitigen ... Ich wünsche mir so sehr, dass die Amerikaner jeden Tag einen 11. September zu feiern haben.“ Yavuz Özoguz: „Dieser Beitrag stand nur acht bis zehn Stunden im Forum. Schließlich bin ich nicht immer zu Hause. Dann wurde er gelöscht.“

An der Uni Bremen, wo Özoguz am Institut für Umweltverfahrenstechnik arbeitet, scheint die Internet-Seite des Landesbediensteten niemanden zu irritieren. „Was



HACKY HAGEMeyer / TRANSPARENT

Kaplan-Anhänger (in Düsseldorf) Jahrelang gehetzt

er in seiner Freizeit tut, ist Privatsache“, meint Uni-Sprecherin Winnie Abraham.

Dass zum Freizeitspaß auch unverhohlene Hetze gehört, wird in einem „offenen Brief an die selbst ernannten Vertreter der Menschenrechte in der westlichen Welt“ deutlich, den Muslim-Markt veröffentlicht: „Im Namen der Menschenrechte“, heißt es dort, „wird die so genannte Freiheit derart vergöttert, dass es erlaubt ist, alle Propheten Gottes und Seine Heiligen Bücher durch den abartigen Schmutz geisteskranker dichterischer und filmischer Phantasien zu ziehen.“ Am Ende die Feststellung: „Moslems sind gegen solche Menschenrechte.“

Noch gefährlicher für die Integration sind freilich viele Koranschulen muslimi-

Zwischen Religiosität und Moderne

Umfrage des Zentrums für Türkeistudien unter türkischstämmigen Migranten in Deutschland. Antworten in Prozent

RELIGIÖSE HANDLUNGEN

	Befragte gesamt	im Alter von			
		18 bis 29	30 bis 45	46 bis 60	älter als 60
tägliches Gebet	36	21	33	54	66
häufiger Moscheebesuch	22	13	16	38	50
Fasten	79	77	77	83	83

TOLERANZ

Es würde mir Probleme bereiten, wenn ...

... mein Sohn eine Nichtmuslimin	57
... meine Tochter einen Nichtmuslimen heiratet.	59

INTEGRATION

Muslimische Frauen sollten generell in der Öffentlichkeit ein Kopftuch tragen.

Zustimmung

27

ERZIEHUNG

Am Sportunterricht oder an Klassenfahrten sollten Jungen und Mädchen nicht gemeinsam teilnehmen.

Zustimmung

19

2000 Befragte; Umfrage vom Oktober 2000

Türkische Fußballfans (in Köln)



scher Verbände in Deutschland. Mehr als 70 000 Kinder besuchen sie derzeit; vielen Eltern liegt zwar nur daran, dass ihre Sprösslinge etwas über ihre eigene Religion lernen. Doch in den Hinterzimmern der Moscheen müssen die Kinder meist stumpf den Koran büffeln, oft ohne dass sie ein Wort erklärt bekommen. Sie lernen Arabisch, und trainiert wird allzu oft vermeintlich streng muslimisches Benehmen – etwa dass Mädchen die Koranschule besser durch den Hintereingang betreten.

„Bei fast allen Koranschulen ist es nicht das erste Ziel, den Menschen bei der Ausübung ihrer Religion behilflich zu sein, sondern ihre politische Anschauung zu verbreiten“, sagt der Pädagoge und Islamkundler Hasan Alacacioglu. Er ist selbst Imam und stellt den Bims-Anstalten der organisierten Muslime ein vernichtendes Zeugnis aus: Sie verschärfen die innere Zerrissenheit der Jugendlichen, anstatt ihnen zu helfen. Sie zögen sie mit Macht zurück in die Welt ihrer Eltern und Großeltern, statt eine Brücke in die moderne Gesellschaft zu bauen.

„Das Bild des Islam in Deutschland ist verwirrend und diffus.“

Die Methoden sind wenig spektakulär, aber wirksam. So verbringen manche der kleinen Kinder ganze Nachmittage in den Koranschulen – da bleibt kaum eine Stunde übrig, in der sie mit Nichtmuslimen spielen könnten. Und weil der Koranunterricht in der Regel auf Türkisch oder Arabisch gehalten wird, können sie ihren deutschen Klassenkameraden wenig darüber erzählen, was sie dort eigentlich lernen. So entfernen sie sich über die Jahre immer weiter von ihren Altersgenossen – das wahre Kreuz mit dem Koran.

In den Schulen werde „gegen den Westen und unsere Lebenskultur agitiert, da werden Überlegenheitsansprüche geltend gemacht und so die Ghettoisierung gefördert“, so die Marburger Islamforscherin Ursula Spuler-Stegemann. Die Erziehung von Kindern, so eine Analyse des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, gelte in Islamisten-Kreisen fast schon als politische Aufgabe. Warum, das zeigt eine interne Schrift des „Islamischen Zentrums München“ aus dem Jahr 1995: „Wenn wir in der Erziehung unserer

Kinder so weiter machen wie bisher“, heißt es da, „werden sie im Lauf der Zeit eine Masse von halb gebildeten Nationalisten, Kommunisten oder Humanisten.“

Die Kinder sollten „zu durch und durch überzeugten Muslimen und wahren Kämpfern für den Islam werden“. Nur dann, so das Papier, „haben wir eine echte Chance, die islamische Ordnung in allen Lebensbereichen wiederherzustellen“.

Wohin die Abgrenzung führen kann, das steht in dem im März veröffentlichten „Kindergesundheitsbericht“ der Berliner Senatsverwaltung. Danach spricht jedes zweite in Deutschland geborene türkische Kind bei der Einschulung so schlecht Deutsch, dass es dem Unterricht nicht folgen kann. 27 Prozent der türkischen Schulabgänger verließen 2002 die Schule ohne Abschluss. In anderen Ballungsräumen mit hohem Einwandereranteil ist es ähnlich.

Das schlechte Bildungsniveau, so die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Beck, habe „erhebliche Auswirkungen“ auf die berufliche Qualifizierung, die sich „seit 1994 deutlich verschlechtert hat“. So liegt die Ungelernten-Quote bei türkischen Jugendlichen mit rund 40 Prozent

fünfmal höher als bei deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Und wer nichts wird, wird leicht zur Beute für radikale Muslime. Ursula Spuler-Stegemann bringt es auf den Begriff „Krisenfundamentalismus“: „Je mehr sich die soziale Situation für die Muslime in Deutschland verschlechtert, desto anfälliger werden sie für Heilsangebote extremer Organisationen.“

In Baden-Württemberg registrieren die Behörden gar mit Sorge einen Trend zur Einrichtung islamischer Ganztagsinternate. Mehr als 20 Anfragen liegen vor. Zwei Schulheime, in Stuttgart und Rastatt, sind bereits genehmigt.

Schon im Dezember vorvergangenen Jahres hatten zwei illegale Internate in Stuttgart für Aufregung gesorgt. Betrieben wurden sie vom VIKZ, dem Verband der Islamischen Kulturzentren. Dessen Vertreter hängen dem mystischen, streng-traditionellen Islam an und legen besonderen Wert auf althergebrachte religiöse Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Nach polizeilichen Erkenntnissen waren in zwei Gebäuden türkische Kinder aus der Region untergebracht, ihr Tagesablauf: morgens Schule, nachmittags Koran. Nur



Eroberung Konstantinopels*
„Autoritär und despotisch“

gibt es kaum – das verstärkt vorhandene Rückzugstendenzen.“

Auch in Duisburg hat der VIKZ mit Beginn des neuen Schuljahres ein Schülerwohnheim eröffnet. Massiven Protesten aller Parteien zum Trotz. Fünf Stockwerke hoch, mit rosa und schwarzem Marmor verkleidet, eigener Moschee und Teestube, steht es wie eine Oase im heruntergekommenen Stadtteil Bruckhausen.

Die Bitte von Journalisten, die Einrichtung besichtigen zu dürfen, wird abschlägig beschieden. Auch Einblicke in Stundenpläne oder Gespräche mit Kindern werden verweigert. Keines von ihnen war auf der Straße zu sehen, nicht einmal nach dem Freitagsgebet, wenn rund um den Bau türkische Händler ihre Waren anbieten.

VIKZ-Generalsekretär Erol Pürlü findet das normal: „Auch deutsche Kinder bleiben unter sich oder hocken den ganzen Tag vor dem Fernseher.“

Markus Schnapka, der für die Genehmigung zuständige Beamte beim Landschaftsverband Rheinland, konnte nichts gegen die Gründung des Heimes tun: „Wir haben lange miteinander gerungen“, sagt er. Aber der VIKZ sei rechtlich so gut beraten gewesen, dass man bei einer Ablehnung vor Gericht unterlegen wäre.

Immerhin konnte er den Muslim-Funktionären eine Reihe von Auflagen machen. So müssen sie auch Personal einsetzen, das die deutsche Sprache spricht. Viel mehr war aber nicht drin. Schließlich, so Schnapka, gebe es auch „sehr konservative christliche Internate“, die niemand dichtmachen könne. VIKZ-Mann Pürlü hat das Signal offenbar verstanden: Er kündigte an, dass seine Organisation im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland weitere große Heime eröffnen will.

Vielen Deutschen macht schon der Bau-boom der muslimischen Gemeinden Angst. Seit einigen Jahren werden immer mehr Prachtbauten mit Kuppeln und Minaretten errichtet. Allein in Berlin sind mindestens elf Großprojekte geplant, mit Gebetsräumen für mehrere hundert Gläubige, Restaurants und einem Schwimmbad. „Das ist das Zeugnis dafür, dass wir uns hier beheimaten wollen. Und damit unsere Kinder

* Lithografie von R. Weibezahl (1832).

Den Propheten im Gepäck

Insgesamt leben rund **3,2 Mio. Muslime** in Deutschland, davon 0,5 Mio. mit deutscher Staatsbürgerschaft



weil die Unterbringung der Kleinen „allen baurechtlichen, feuerpolizeilichen und hygienischen Standards widersprach“ und – mangels Genehmigung – illegal war, konnte das Stuttgarter Ordnungsamt die Kinderkasernen schließen.

Der Landesvorsitzende des VIKZ weiß bis heute nicht, „was wir falsch gemacht haben“. Yavuz Kazanç: „Wir haben nichts verheimlicht. Die Polizei und andere wuss-

ten, dass hier manchmal Kinder übernachtet haben.“ Dass seine Organisation in den Häusern Internate betrieben habe, streitet er ab.

Dafür hat sie jetzt welche gegründet. Ganz offiziell, mit Genehmigung des Landesjugendamts in Stuttgart. „Nach der Erfüllung aller Auflagen haben wir keinen Grund gesehen, den Betrieb nicht zu genehmigen“, sagt Stefan Wiegandt, Sprecher des Jugendamts.

Der Stuttgarter Integrationsbeauftragte Gari Pavkovic fürchtet den Einfluss der Heime: „Die Jugendlichen bleiben über längere Zeit unter sich. Außenkontakte



BALTZER / ZENIT / LAF

Atatürk-Bewunderer (in Berlin): Die Religion zur Privatsache erklärt

auch stolz auf ihre Kultur sind, müssen wir raus aus den Hinterhöfen“, argumentiert Mehmet Bayram, der als Architekt sechs der Kulturhäuser bauen soll.

Prozesse um die Frage, ob eine fremdartig wirkende Moschee in die Gegend passe, entschieden die Gerichte bislang fast immer zu Gunsten der Muslime. Nicht-muslimische Nachbarn hätten es „grundsätzlich hinzunehmen“, dass sie vor Sonnenaufgang geweckt werden, wenn die Gläubigen mit ihren Autos zum Frühgebet kommen, entschied etwa das Bundesverwaltungsgericht schon 1992.

Noch heftiger wird die Debatte, geht es um den Muezzin, der in traditionellen Moscheen fünfmal täglich vom Minarett zum Gebet ruft – heute meist lautsprecherverstärkt. Auch hier gibt es keine grundsätzlichen Lösungen. In mindestens sechs Städten Nordrhein-Westfalens erschallt der arabische Ruf: fünfmal täglich in Düren, einmal täglich in Bochum und einmal in der Woche in Bergkamen.

Andere Städte versuchen mit Hilfsargumentationen, allzu offensive Demonstrationen des muslimischen Glaubens zu ver-

hindern. Im hessischen Dillenburg versuchte etwa das zuständige Landratsamt, den Muezzinruf mit Hinweis auf die Straßenverkehrsordnung zu untersagen: Die Moschee liegt an einer Hauptstraße, und das Rufen, so das Amt, könne Autofahrer irritieren und so die Verkehrssicherheit gefährden. Im November 2000 hob das Verwaltungsgericht Gießen diese Entscheidung wieder auf.

Anderswo versuchen Behörden, die Beschallung auf einem anderen Weg zu unterbinden – mit dem Hinweis auf Immissionschutzgesetze, die etwa zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens Nachtruhe garantieren. Ansonsten gebe es ja „keine Handhabe“, so der Rechtswissenschaftler Stefan Muckel von der Universität Köln.

Vor Gericht hätten Muslime also beste Chancen durchzusetzen, dass von jeder Moschee aus täglich der Muezzin ruft. Das könne aber nur in Absprache mit den deutlichen Nachbarn geregelt werden, so Na-

deem Elyas vom Zentralrat der Muslime in Deutschland.

Auch beim Schächten, dem rituellen Töten von Tieren ohne Betäubung, haben die Muslime im vergangenen Jahr vor dem Bundesverfassungsgericht einen Teilsieg errungen. Die Karlsruher Richter erlaubten, dass Tieren unbetäubt die Kehle durchgeschnitten werden darf – aber nur unter vielen Bedingungen. Jede Glaubensgemeinschaft muss gesondert begründen, warum das Schächten für sie unerlässlich ist. Außerdem dürfen Tiere nur zum Opferfest, das heißt einmal im Jahr, geschächtet werden.

Ganz offenkundig setze sich, so die Islamwissenschaftlerin Spuler-Stegemann, angesichts der Urteile auch unter strengen Muslimen die Ansicht durch, dass sie aus dem Grundgesetz vor allem Vorteile ziehen können. Nicht dass die „Verfassung für sie ein Wert an sich wäre“, so die Expertin, aber sie sei halt „dem Islam nützlich“. Im viel gepriesenen „interkulturellen Dialog“ ist davon selten die Rede.

Wie heikel dieser Dialog werden kann, zeigt das Beispiel Ahmed al-Khalifa. Der gebürtige Ägypter, der seit 27 Jahren in Deutschland lebt, lenkt die Geschicke einer Münchner Moschee, hält dort Tage der offenen Tür ab, saß gar bei der Trauerfeier für die Opfer des 11. September mit den Spitzen der bayerischen Politik in der Frauenkirche. „Wir mögen die Bayern“, sagt Khalifa.

Das aber beruht nur bedingt auf Gegenseitigkeit. Innenminister Günther Beckstein gehört zu denen, die dem scheinbar so perfekt integrierten Muslim nicht über den Weg trauen: „Ich lese doch die Berichte unseres Verfassungsschutzes“, sagt

Beckstein. Und seine Geheimen schrieben über den umtriebigen Khalifa wenig Schmeichelhaftes: „Nach außen tritt er als gemäßigter Muslim auf, der das Gespräch mit allen gesellschaftlichen Kreisen sucht. Intern erweist er sich jedoch als harter unnachgiebiger Islamist.“ Und in Khalifas Umfeld verkehrte auch ein islamistischer Terrorist, der von US-Richtern zu viermal lebenslänglich verurteilt wurde. „Ich kenne ihn nur von ein, zwei Treffen“, erklärt Khalifa. „Ich war zu der Zeit nicht in München, sondern in Stuttgart.“

Wie blauäugig andere Politiker den Islamisten begegneten, zeigt der Fall von Metin Kaplan. Jahrelang agitierte der Islamist wie kein anderer gegen Juden, die Türkei und die westliche Gesellschaftsordnung. Aber erst als die Richter des Düsseldorf Oberlandesgerichts die Behörden wegen des „laschen und überängstlichen“ Umgangs mit dem Islamistenführer scharf kritisierten, erwachte das Bundesinnenministerium aus seinem Dornröschenschlaf.

„Wir müssen die ganze Welt besiedeln und zum Islam bekehren.“

Sport trotz Religion

„Sollten sich muslimische Schülerinnen aus religiösen Gründen von Sportunterricht oder Klassenfahrten befreien lassen dürfen?“

JA 33%

NEIN 61%

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 23. bis 25. September; rd. 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/„ist mir egal“



YAVUZ ARSLAN / DAS FOTOGARCHIV

Islam-Unterricht (in Gelsenkirchen)
Auf dem Weg ins Ghetto stoppen

2001 wurde das so genannte Religionsprivileg aus dem Vereinsgesetz gestrichen, das Kaplan und Gesinnungsgenossen bis dahin geschützt hatte. Jede Bande, solange sie nur „Kulthandlungen der islamischen Religion“ pflegte, war unantastbar; ihre Prediger konnten verkünden, was sie wollten. Den Gipfel der Absurdität machten Ministerialbeamte in einem Vermerk aktenkundig: „Selbst der Vorwurf terroristischer Straftaten berührt diesen Status nicht.“

Doch spätestens seit dem 11. September ist klar, dass manch einem verblendeten Muslim in Deutschland Worte nicht mehr reichen. Schließlich waren es scheinbar harmlose Hamburger Studenten, die entführte Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon lenkten. Und hatten sie sich nicht regelmäßig in einer von der Religionsfreiheit geschützten Moschee in Hamburg-Harburg getroffen – ebenso wie in der al-Kuds-Moschee in der Innenstadt? Dort hetzten sie sich so lange auf, bis sie bereit waren zu sterben, um Ungläubige zu ermorden.

Und hatten sie nicht auch noch eine eigene „Islam AG“ an ihrer Hochschule gegründet, wo später reichlich Propagandamaterial für den Dschihad gefunden wurde? Wie die Hetze funktionierte, haben die späteren Terroristen selbst festgehalten, etwa auf einem Video von der Hochzeit des Terrorhelfers Said Bahaji, aufgenommen am 9. Oktober 1999 – in der al-Kuds-Moschee.

50 Minuten ist das bizarre Band lang. Der Terrorist Ramzi Binalshibh steht in einer Sequenz auf und sagt, jeder Moslem habe das Ziel, „islamischen Boden von jedem Unterdrücker oder Tyrannen zu befreien“. Danach rezitiert er ein Gedicht über Jerusalem und kündigt an, dass muslimische Kämpfer wie „eine Welle aus Feuer und Blut“ zuschlagen würden.

In der Unterkunft des mutmaßlichen Terrorhelfers Abdelghani Mzoudi fanden Ermittler ein noch drastischeres Video, auf dem muslimische Tschetschenen einem vermutlich russischen Soldaten den Kopf abtrennen. Den ideologischen Unterbau für derartige Abscheulichkeiten liefern Moscheebesuchern Prediger wie Scheich Fazazi II., auch von ihm fand sich in Mzoudis Unterkunft eine Aufnahme. Textprobe: „Auch der Dschihad ... ist hart für die Ungläubigen, weil unsere Religion uns befohlen hat, ihre Hälsen zu schneiden. Und dass wir ihre Nachkommen schlagen, ist eine harte Sache.“



Moschee, Kirche (in Mannheim): „Das ist das Zeugnis dafür, dass wir uns hier beheimaten wollen“

Dass derartige Tiraden in deutschen Moscheen von wenigen, aber gefährlichen Extremisten begierig aufgenommen werden, belegen nicht nur die Attentäter des 11. September. Im Gefängnis des US-Stützpunktes Guantanamo Bay auf Kuba sitzt etwa der in Bremen aufgewachsene Türke Murat Kurnaz, der in den Dschihad ziehen wollte und dabei den Amerikanern in die Hände fiel.

Nur ein paar Käfige weiter hockt Mohamadou Ould Slahi, ein mutmaßlicher Terrorist und ehemaliger Student der Elektrotechnik aus Duisburg. Und bei der deutschen Botschaft in Moskau lieferten russische Behörden schon die Pässe von zwei eingebürgerten Muslimen aus Baden-Württemberg ab, die bei Kämpfen in Tschetschenien ums Leben kamen.

Doch auch der Umgang mit weitaus harmloseren Organisationen als Mohammed Attas Terrorzelle ist für deutsche Politiker schwierig – allein schon, weil islamische Vereine darum wetteifern, wer denn nun die Muslime in Deutschland vertritt. Da sind regionale Gruppen am Werk,

aber auch angebliche Dachverbände. Den Organisationen ist gemeinsam, dass keine von ihnen für die Mehrheit der Muslime sprechen kann. „Das Bild, das der Islam in Deutschland bietet, ist verwirrend und diffus“, sagt der Islamexperte Johannes Kandel von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

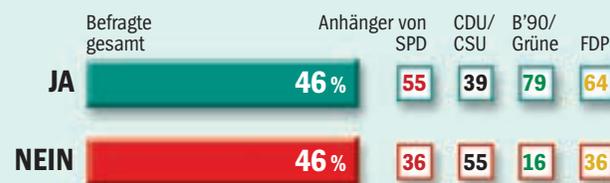
Was manche dieser Verbände unter Integration verstehen, wurde in der vorvergangenen Woche auf einer Veranstaltung in Berlin deutlich, deren Motto an ein Multikulti-Kränzchen im Pfarrhaus um die Ecke erinnerte. Unter der Überschrift „Integration statt Ghetto?!!“ hatte die im Zentralrat der Muslime organisierte „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ zu ihrem 25. Jahrestreffen ins Berliner Tempodrom geladen.

Vor 5000 begeisterten Zuhörern forderte der Vorsitzende des Islamrats, Ali Kizilkaya: „Wenn die Muslime integriert werden sollen“, sollten sie auch alle Freiheiten bekommen: „Sei es in Sachen Kopftuch, sei es in Sachen Schächten oder Religionsunterricht.“ Zuvor hatte der erzkonservative ägyptische Imam Omar Abdel Kafi den Brüdern im Land der Ungläubigen schon mal angedeutet, wie sich die Freiheit auch nutzen ließe: „Unsere wichtigste Aufgabe ist, den Islam zu verbreiten. Wir müssen die ganze Welt besiedeln und zum Islam bekehren.“

In Berlin arbeiten Islamisten daran offenbar sogar in öffentlichen Schulen. Das Bundesverwaltungsgericht erlaubte vor fast vier Jahren ausgerechnet Lehrern der Islamischen Föderation

Moschee im Zentrum?

„Sollten muslimische Gemeinden ihre Moscheen auch in zentralen Innenstadtlagen errichten dürfen?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 23. bis 25. September; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/„ist mir egal“



MAHMOUD MAHMOUD / AFP

Muslim-Pilgerziel Mekka: „Aufopferung und Märtyrertum um Allahs Willen“

Berlin, Islamunterricht zu halten. Sie soll Milli Görüş nahe stehen, beide bestreiten dies jedoch.

Dabei war die Unterweisung im Islam von Bildungspolitikern als Gegengewicht zu den auf Abschottung angelegten Koranschulen gedacht – allerdings unter staatlicher Aufsicht, mit einem genehmigten Lehrplan. Nordrhein-Westfalen hat solchen Unterricht bereits an 55 Schulen etabliert.

Doch Marion Berning, Schulleiterin der Rixdorfer Grundschule in Neukölln – 80 Prozent Migrantenkinder, etwa 70 Muslime –, beobachtet seit Einführung des Förderationsunterrichts, dass „die Mädchen schüchterer geworden sind und vermehrt Kopftücher tragen“. Die Jungs hingegen, vor allem die arabischen, lieferten sich nun öfter „Schlägereien auf dem Schulhof“ und nähmen es auch „mit Hausaufgaben und Pünktlichkeit nicht mehr so genau“.

Zu Anfang hätten sich nur elf Schüler zum Islamunterricht angemeldet. „Dann hat die Islamische Föderation angefangen, vor der Schule Zettel zu verteilen, bei Eltern angerufen und Hausbesuche gemacht. Innerhalb von drei Wochen stieg die Zahl der Anmeldungen auf 90.“

Der Verwaltungsratsvorsitzende der Islamischen Föderation, Burhan Kesici, bestreitet die Vorwürfe: „Wir haben in der näheren Umgebung Flyer verteilt. Das ist aber legitim.“ Legal auf jeden Fall – vielen Eltern passt das trotzdem nicht. Berning: „Die Deutschen und die liberalen türkischen Eltern melden ihre Kinder ab, mit dem Argument, wir seien jetzt eine Islamschule.“

Wie die islamistisch geschulte Jugend aussehen soll, stellt ein Aufruf klar, den der baden-württembergische Verfassungsschutz in einer Zeitung fand, in der auch

Mitteilungen des Milli Görüş Verbands Schwaben abgedruckt werden. „Ihr müsst die von Allah an den Propheten Mohammed gesandten Bestimmungen auf Erden in die Tat umsetzen und dafür sorgen, dass diese auch eingehalten werden.“ Und weiter: „Ihr müsst euch von falschen, unsinnigen Religionen und allen schlechten Dingen fern halten. Junge Mudschahidin! Habt ihr schon einmal daran gedacht, wie ihr diese Aufgaben erfüllt?“

Dafür, so der Aufruf, bräuchten muslimische Jugendliche nur wenige „Grundigenschaften“ – etwa einen „festen und stahlharten Glauben“ und den Willen, keinen anderen Weg einzuschlagen „außer dem der Aufopferung und des Märtyrertums um Allahs Willen“.

Trotz solch martialischer Propaganda können Lehrer immer wieder Schüler vor dem Ghetto schützen – etwa an der evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck. Fast 20 Prozent der Menschen in diesem Stadtteil sind arbeitslos, jeder Fünfte ist Ausländer, die meisten davon Muslime aus der Türkei. Kaum eine Frau traut sich unverschleiert aus dem Haus.

Auf dem Schulhof aber ein völlig anderes Bild: Nur drei Mädchen tragen Kopftuch. Denn die konfessionelle Schule kann, was staatliche nicht dürfen: Sie schreibt vor, dass die meisten Schülerinnen unverschleiert zum Unterricht kommen müssen, und auch an Klassenfahrten und dem Sportunterricht haben sie teilzunehmen. Erst mit 14 Jahren, so Schulleiter Harald Lehmann, wenn die Jugendlichen religi-

önmündig werden, können sie das Tragen eines Kopftuches beantragen und müssen das dann vor einer Kommission begründen. Bisher haben das nur drei geschafft – und mit zunehmendem Alter würden immer weniger das Tuch tragen wollen.

Dilek, 18, gehört zu denjenigen, die früher unbedingt ein Kopftuch tragen wollten, es aber nicht durften – und darüber ist sie heute glücklich. Die Moschee habe damals Druck gemacht, erklärt der grell geschminkte Teeenie im knappen Outfit. Heute denkt sie nicht mehr im Traum daran, ihre langen, blond gesträhten Haare zu verbergen. „Mit Kopftuch“, erzählt sie, „wirst du gleich schlechter behandelt.“ Und eine Lehrstelle finde man auch nicht.

Für Dilek ist der Kopftuch-Streit beendet, für die Lehrerin Ludin noch lange nicht. Ihr Fall geht jetzt zurück zum Bundesverwaltungsgericht. Dort muss-

te sie nach dem Karlsruher Spruch quasi automatisch gewinnen – es sei denn, das Land Baden-Württemberg erlässt in der Zwischenzeit ein Anti-Kopftuch-Gesetz. Die Verwaltungsrichter in Leipzig werden dem Land vermutlich viel Zeit lassen.

Politisch wird der Kopftuch-Streit in den nächsten Monaten erst richtig losgehen. Denn wie genau die Bundesländer ihre Kopftuch-Gesetze gestalten müssten, das ließen die Verfassungsrichter offen. Sie gaben nur nebulöse Hinweise. Die neuen Gesetze müssten „verfassungsimmanenten Schranken bestimmen und konkretisieren“.

Damit ist schon jetzt klar: Der Kopftuch-Streit dürfte wie ein Bumerang zum Bundesverfassungsgericht zurückkommen – egal, wie die Länder reagieren. Verboten sie Kopftücher im Klassenraum, wird wohl Fereshta Ludin oder eine andere Lehrerin das Gesetz anfechten; unternehmen sie nichts gegen Lehrerinnen mit Kopftuch,

könnten erboste Eltern die Verletzung ihres Erziehungsrechts monieren.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz sagt, im ersten Moment habe er es für einen klugen Schachzug gehalten, das Thema an die Parlamente zu verweisen. Inzwischen aber zweifle er, „ob es nicht doch von Vorteil gewesen wäre, wenn das Gericht diese Frage ein für allemal bundeseinheitlich entschieden hätte“.

DOMINIK CZIESCHE,
DIETMAR HIPPE, FELIX KURZ, BARBARA SCHMID,
MATTHIAS SCHREIBER, MARTIN SÜMENING,
SILVIA TYBURSKI, ANDREAS ULRICH

„Ihr müsst die von Allah gesandten Bestimmungen in die Tat umsetzen.“